Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlenerstraße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzerstraße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 236. **Sonntag** den 11. Mai 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Graf Goluchowski hat dem deutschen Reichskanzler in den österreichischen Delegationen bezeugt, daß dieser weder durch seine Reichstagsrede über die modificirte Tragweite des Dreibundes, noch durch die Beantragung von Mindestzollsätzen das mitteleuropäische Bündniß compromittirt und ruinirt habe. Letztere Feststellung ist unserem handelspolitischen Linksextremen sehr fatal, und da man einen fremden Minister füglich nicht dafür tadeln kann, daß er der heimischen Regierung freundlich und nicht ohne Anerkennung begegnet, so wird Graf Goluchowski von der Presse der erwähnten inländischen Richtung entgegen der Gewohnheit sehr kurz abgethan. Die Herren hätten ja einen Anhaltspunct, ihrem Unwillen Luft zu machen. Sie brauchten nur Vorwurf zu erheben wegen des Rückversicherungsabkommens mit Rußland, das Goluchowski 1897 abgeschlossen hat und von dem er diesmal nicht nur ungescheut, sondern mit besonderem Nachdrucke sprach. Als bekannt geworden war, daß Fürst Bismarck in ähnlicher Weise die internationale Position des deutschen Reiches ergänzt hatte, da wetteiferte der deutsche Radicalismus aller Schattirungen mit der deutschfeindlichen Presse des habsburgischen Staates, den deutschen Minister der Unaufrichtigkeit, ja des Treubruches zu beschuldigen. Aber der eigenartige Patriotismus der deutschen Demokratie scheint es zu gebieten, dem Fremden zu verzeihen, weswegen der eigene Kanzler, dem freilich das fortgesetzte Verbrechen zur Last fiel, ein überlegener Geist zu sein, aufs Aergste mitgenommen wurde. Von dieser innerdeutschen Begleiterscheinung abgesehen, sind die Bemerkungen des österreichisch-ungarischen Ministers über das Verhältniß seines Reiches zu Rußland auch dadurch auffällig, daß der Grad ihrer Hervorhebung erheblich von dem absticht, was derselbe Staatsmann über denselben Gegenstand bei der vorletzten Gelegenheit geäußert hat. Damals schien er das Abkommen gestissentlich etwas bagatellmäßig behandeln zu wollen, heute mißt er ihm große Bedeutung bei. Daraus darf man wohl schließen, daß die entscheidenden Stellen in Petersburg zur Zeit ebenso ernstlich wie die in Wien gewillt sind, die am Balkan glimmenden Gluthen nicht als Feuersäulen emporschlagen zu lassen. Daß die Lage dort an sich bedrohlich ist, hat Graf Goluchowski mit bemerkenswerther Deutlichkeit anerkannt. Für Deutschland gilt zwar nach wie vor die Regel von den Knochen des pommerschen Grenadiers, welche die europäische Orientfrage für uns nicht werth ist, aber Beachtung verdienen die unterirdischen Vorgänge schon deshalb, weil sie nicht zu dem an manchen heimischen Stellen mit Vorliebe docirten Dogma passen, die „Weltpolitik" habe den europäischen Fragen das Lebenslicht ausgeblasen.

Die drei Berliner Parlamente sind in die Ferien gegangen, das Herrenhaus zuletzt und nicht ohne vorher eine Aufmerksamkeit, die dieser Körperschaft selten gegönnt wird, auf sich gezogen zu haben. Von einem politisch wie kirchlich gleich reactionären Mitgliede wurde wieder einmal der in Preußen bei der Ausbildung der evangelischen Theologen noch immer geübte Verzicht auf die Abrichtung nach jesuitisch-ultramontanem Muster als die Quelle aller Uebel denuncirt und ein hoher und nach ihm ein erlauchter Herr zogen sich — seltene Fälle in diesem Hause — den Ordnungsruf zu, weil sie den Ton, den die polnischen Abgeordneten im Reichstag und im Abgeordnetenhause anzuschlagen belieben, nachgeahmt und mit etwas zu viel Geschick getroffen hatten. Von den beiden Herren steht der eine noch in höchster Gunst, des andern, des Herrn v. Kościelski, Beliebtheit ist einst, man kann wohl sagen „sprichwörtlich" gewesen. Er galt als der berufene pacificator Poloniae in Preußen, und da man einem Manne solcher Mission die Wege ebnen zu müssen glaubte, so wurde die Polenpolitik inaugurirt, die den Namen der Caprivischen trägt. Es hat ziemlich lange gedauert, bis man erkannte, daß der Vertrauensmann der Regierenden in Wahrheit als eifrigster Agent und Vorkämpfer der Losreißungspropaganda functionirte, und dann wurde Herr Kościelski offen, was er, mit dem Hofkleide angethan, im Geheimen stets gewesen. Er ist als Vertrauensmann abgethan, aber die mit ihm gemachten Erfahrungen haben noch lange nicht die Erkenntniß gezeitigt, daß das national völlig gleichwerthige Centrum es genau so wie er machen wird, wenn es einmal nicht mehr in seiner herrschenden Position gehalten zu werden vermag, was die Umstände doch mit sich bringen können.

Die Geschichte des Herrn von Kościelski ist nur ein unverkennbarer, aber keineswegs der einzige Beweis für die Unmöglichkeit, eine „Versöhnungspolitik" mit Erfolgen zu führen, wie die deutsche und die preußische Regierung sie vernunftgemäß anstreben muß. Vielleicht, daß demnächst auch die Welfen mit so drastischen Ergebnissen aufwarten, wie der einstmalige polnische „Flottenagitator" eines ist. Wir gaben dieser Tage einen Bericht aus dem Wahlkreise Celle wieder, in dem es von den Welfen dieses Bezirks hieß:

„Sie waren in früheren Jahren nicht sonderlich zahlreich, in den letzten Jahren aber ist das anders geworden. Selbst in der Stadt Celle, der vollsreichsten Ortschaft des Kreises, haben sie Raum gewonnen und sich in mehreren Clubs kräftig organisirt."

Dieser Bericht stammt nicht aus dem welfischen Lager, dennoch führt er ganz trocken eine für Nationale geradezu erschreckende Thatsache an. Das rührt daher, daß die Deutschgesinnten in der Provinz Hannover sich wegen der Fortschritte des Welfenthums zwar mehr als je sorgen, sich über sie aber nicht mehr wundern. „Früher waren sie nicht sonderlich zahlreich, in den letzten Jahren ist das anders geworden." Diese Feststellung spricht Bände. Diese Jahre des welfischen Vordringens sind Jahre verstärkter gouvernementaler Gewinnungsversuche gewesen, der Wiederbelebung der „hannoverischen Armeelieferung", der Cajolirung von Welfenführern und anderer Dinge, die man dem ersten „Versöhnungs"-Schlage, der von einem ganz anderen als dem beabsichtigten Erfolg begleiteten Aufhebung des Welfenfonds, folgen ließ. Und solche Entwickelung fördert man in Hannover, wo man doch wohl die bestehenden staatsrechtlichen Zustände von oben nicht ändern will. Da ist es nicht erstaunlich, wenn in Braunschweig, wo Entscheidungen getroffen werden können und Entscheidungen sehr verschiedener Art möglich sind, der von Berlin aus nicht ohne Pflege gebliebene Gedanke der Zurückführung eines Welfen auf einen deutschen Thron reißend mehr um sich greift.

Im Reichstag ist in der letzten Sitzung vor der Vertagung ein Ton angeschlagen worden, wie er selbst in diesen Zeiten des parlamentarischen Niederganges nicht oft gehört wurde. Hand in Hand ging ein Mißbrauch der Geschäftsordnung so unentschuldbar, wie er überhaupt noch nicht erlebt worden ist. Diesmal hat aber nicht die Absicht der Verschleppung der Arbeiten, der Obstruction, überwogen, sondern das Verlangen nach allgemeiner Diätengewährung. Und auch hier hat die Linke nicht um das Princip, nicht um die politische Zweckmäßigkeit geschrien, ein Theil ihrer Redner verrieth das nackte persönliche Habenwollen und mußte bei der Sprache der viehhaltenden Landwirthe eine Anleihe machen, um richtig zu bezeichnen, um was es sich gehandelt hat. Die Politiker, die aus sachlichen Gründen Diäten eingeführt wissen möchten, sind durch diesen Verlauf der Debatten gewiß in Verlegenheit gesetzt worden, und wenn es so weiter geht, so kann es geschehen, daß solche Mitglieder des Hauses, für die allerdings Tagegelder der Güter höchstes nicht darstellen, sich nicht getrauen werden, für Diäten einzutreten.

Der Krieg in Südafrika.

Der Friede der Boeren.

Gewissermaßen als die Antwort der Boeren auf die Rede, mit der Lord Salisbury in der Jahresversammlung der Primrose League in der Siegerpose Chamberlain's und mit dem ganzen brutalen Hochmuth des Engländers der Kriegslage zum Trotz wieder einmal über das Schicksal der Boeren bestimmt hat, möchten wir jene Proclamation der Boeren-Regierungen in Südafrika veröffentlichen, die den Abschluß der vorjährigen Friedensverhandlungen darstellt, gleichzeitig aber auch, wie die Correspondenz „Nederland" überzeugt ist, für alle Zeiten den Standpunct der Boeren in der Frage des Friedens authentisch klarlegt: unerschüttert und unerschütterlich, wie er es für die todesmuthigen Freiheitskämpfer stets gewesen und auch am 15. Mai sein wird.

Die Proclamation, die den Boeren im Felde durch eine amtliche Beilage zur Nr. 8 der „Brandwacht", einer seit Beginn des Krieges in zwangloser Folge erst in Fourieesburg erschienenen und heute noch „te velde" erscheinenden boerischen Zeitung, kund gemacht worden ist, lautet in der Uebersetzung (so wörtlich als möglich):

Allgemeine Kundgebung.
Waterval, Distr. Standerton, S.-A. R., 20. Juni 1901.

Da Seine Hochedeln Staatspräsident Krüger und die Sondergesandtschaft in Europa nichts direct von unserer Regierung vernommen haben seit der Conferenz zwischen General-Commandant Louis Botha und Lord Kitchener zu Middelburg, und die Regierung der S.-A. R. es als rathsam erachtet, daß sie in Kenntniß gesetzt und wohl unterrichtet werden von der Lage der Dinge hier, so wurde auf Ersuchen des General-Commandanten und mit der wohlwollenden Zustimmung Lord Kitchener's ein geheimes Telegramm abgesandt, worin die Gesammtlage unserer Sache genau dargelegt und absichtlich in das dunkelste Licht gestellt wurde, zu dem Ende, von Seiner Hochedeln und der Sondergesandtschaft die angemessene Antwort zu erhalten.

Hierauf theilte Seine Hochedeln uns mit, daß er und die Sondergesandtschaft noch volle Hoffnung auf einen günstigen Ausgang unseres Kampfes hegten, daß wir nach den gebrachten materiellen und persönlichen Opfern den Streit fortsetzen müssen und daß von ihrer Seite alle Maßregeln bereits getroffen seien und noch getroffen würden für die gute Versorgung der gefangenen Frauen und Kinder und der Kriegsgefangenen in der Fremde.

Zur Besprechung und Erwägung dieser Antwort Seiner Hochedeln wurde von den Regierungen der beiden Republiken eine Conferenz bestimmt, in der auch Haupt-Commandant C. H. De Wet, General-Commandant Louis Botha und Generalcommandant-Assistent F. H. de la Rey anwesend waren.

Nach einer erschöpfenden Klarlegung der Lage in den Kriegs-Abtheilungen, vertreten durch ihre Hauptofficiere, und einer gründlichen Besprechung unserer ganzen Sache durch beide Regierungen wurde, im Einvernehmen mit den genannten Hauptofficieren, von beiden Regierungen folgender Beschluß gefaßt:

„Die Regierungen der S.-A. R. und des O.-F.-S. beschließen im Einvernehmen mit den genannten Hauptofficieren und unter Berücksichtigung des günstigen Berichts Seiner Hochedeln des Staatspräsidenten Krüger und der Sondergesandtschaft im Ausland und weiterhin in Rücksichtnahme auf den guten Fortgang unserer Sache in den Colonien, wo unsere Brüder dem gräßlichen Unrecht, das den Republiken zugefügt wird, und dem Raube ihrer Unabhängigkeit sich mehr und mehr widersetzen; in Rücksichtnahme ferner auf die bereits für unsre Sache gebrachten zahllosen persönlichen und materiellen Opfer, die alle entwerthet und vereitelt würden durch einen Frieden, bei dem die Unabhängigkeit der Republiken preisgegeben würde; in Rücksichtnahme ferner auf die Gewißheit, daß der Verlust unserer Unabhängigkeit nach den bereits verübten Verwüstungen und den erlittenen Verlusten den nationalen und wirthschaftlichen Untergang unseres ganzen Volkes nach sich ziehen würde; und vor Allem in Rücksichtnahme auf den Geist felsenfester Ausdauer, von dem noch die überwiegende Mehrheit unseres Volkes, Frauen und Kinder sowohl wie Männer, beseelt sind und worin wir mit dankbarer Erkenntniß die Hand des allmächtigen Beschirmers sehen:

„Daß kein Friede geschlossen werden und keine Friedensbedingungen angenommen werden sollen, bei denen unsere Unabhängigkeit und unser selbstständiges Volksthum oder die Interessen unserer colonialen Brüder preisgegeben würden, und daß der Krieg nachdrücklich fortgesetzt werden soll unter Anwendung aller Maßregeln, die auf die Behauptung dieser Unabhängigkeit und dieser Interessen berechnet sind."

M. T. Steijn,
Staatspräsident O.-F.-S.
S. Burger,
Wahrn. Staatspräsident S.-A. R.

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 10. Mai. Unter der Spitzmarke „Rechtsstreit der Reichsverwaltung" druckten wir am 1. vor. Mts. eine Auslassung der halbamtlichen „Berliner Corresp." ab, in der die Stellung der Reichsverwaltung in einem Proceß zwischen ihr und dem Dortmunder Mosaik-Fabrikanten Leistner wegen der Beschaffenheit des Mosaik-Bodens auf dem Platz am Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. dargelegt wurde. Es ist uns in Folge dieses Abdrucks vom Herrn Leistner unter Berufung auf das Preßgesetz eine „Berichtigung" zugegangen, die wir, abgesehen von ihrer ungesetzlichen Form, schon wegen einer in ihr enthaltenen Bezichtigung des Reichsamts des Innern wörtlich wiederzugeben gar nicht in der Lage sind. Wir wollen trotzdem einige positive Angaben des Herrn Leistner aufnehmen, jedoch nicht ohne unser Bedauern darüber auszusprechen, daß so häufig offenbar des Gesetzes unkundige Interessenten die Presse in wenig höflicher Form zu „Berichtigungen" unter ausdrücklicher Berufung auf das Gesetz mit untauglichen Mitteln zu zwingen versuchen, wo ein freundliches Ersuchen weit besser am Platze wäre. — In der Zuschrift des Herrn Leistner heißt es:

„Auf den Artikel Ihrer Zeitung vom 1. cr. mit der Ueberschrift „Rechtsstreit der Reichsverwaltung" habe ich zu erwidern, daß auch meine Absicht nicht dahin geht, durch öffentliche Erörterungen dem Schiedsgerichte vorzugreifen. Die Artikel in den Berliner Blättern rühren auch nicht von mir her, wohl habe ich das Gutachten des Herrn Königlichen Baurathes R. Cramer in Berlin den interessirten Kreisen zugänglich gemacht.

Mein Vorwurf (soll heißen: der mir gemachte Vorwurf) der Verschleppung des Verfahrens beruht hauptsächlich darauf, daß auf meine am 12. Juli 1900 eingereichte Schiedsgerichtsklage der erste Termin zur Verhandlung erst elf Monate und sieben Tage später, am 19. Juni 1901, anberaumt worden ist. Durch die Ablehnung eines Schiedsrichters ist das Verfahren auf ca. drei Monate nur verzögert worden. Von anderen Gutachten, welche mit dem der Herren R. Cramer-Berlin und C. Liebold-Holzminden im Widerspruche stehen, ist mir nichts bekannt. Die Aeußerungen der von der beklagten Behörde dem Reichsamte des Innern herangezogenen technischen Beamten kann ich nur als Parteibehauptungen, nicht als Gutachten ansehen."

ß. **Berlin**, 10. Mai. (Die fünfjährige Legislaturperiode und das Interesse am parlamentarischen Leben.) Graf Mirbach hat der „Voss. Ztg." einen Gefallen gethan, als er jüngst im Herrenhause den Rückgang des Interesses am parlamentarischen Leben auf die Verlängerung der Legislaturperiode zurückführte. Das genannte freisinnige Blatt knüpft an diese Stellungnahme des Grafen Mirbach die Behauptung: „Das Interesse im Volk erschlafft, wenn auf Jahre hinaus keine Aenderung zu erhoffen ist; diejenigen Parlamentarier, die, zumal infolge der Diätenlosigkeit, kein Mandat wieder anzunehmen gedenken, büßen die Rührigkeit ein; das ganze politische Leben steht unter einem lähmenden Druck." — Von einem Nachlassen der „Rührigkeit" bei der Mehrzahl unserer Parlamentarier wird mit Recht kaum gesprochen werden dürfen. Wer überhaupt den Reichstag besucht — und dieser Besuch ist von der Dauer der Legislaturperiode sicherlich in letzter Linie bestimmt —, zeigt in einer sehr großen Anzahl von Fällen viel weniger Mangel als Ueberfluß an Rührigkeit; und gerade der Ueberfluß an langen Reden und Anträgen ist es, der zur Verminderung des Interesses am parlamentarischen Leben am meisten beiträgt. Was aber die Meinung anbelangt, daß das Interesse am parlamentarischen Leben deswegen erschlaffe, weil auf Jahre hinaus keine Aenderung zu erhoffen sei, so lehrt ein Rückblick auf die Ersatzwahlen zum Reichstage, was von der Richtigkeit jener Auffassung zu halten ist. Je häufiger die Reichstagsersatzwahlen sind, um so weniger kann die gedachte Meinung für sich haben. Wie es seit den letzten allgemeinen Wahlen im Puncte der vermeintlich auf Jahre hinaus bestehenden Aenderungslosigkeit im Wirklichkeit bestellt ist, läßt die folgende Uebersicht erkennen, die noch dazu auf Vollständigkeit keinen Anspruch macht. Bereits im Jahre 1898 waren 4 Ersatzwahlen nöthig: in Pyritz-Saatzig, Nienburg, Kreuznach, Schaumburg-Lippe. Im Jahre 1899 mußten 12 Ersatzwahlen stattfinden, nämlich in den Reichstagswahlkreisen Berlin II, Beuncastel, Melle-Diepholz, Emden-Norden, Straubing, Pirna, Beuthen-Tarnowitz, Eßlingen, Schlettstadt, Germersheim, Amberg, Offenburg. Im Jahre 1900 haben sogar 15 Reichstagsersatzwahlen stattgefunden, nämlich in Deggendorf, Aschersleben, Kurich, Nürnberg, Brandenburg, Waldenburg i. S., Einbeck-Northeim, Bayreuth, Mülhausen im Elsaß, Wanzleben, Rintiln-Hofgeismar, Berlin VI, Randow-Greifenhagen, Paderborn-Büren, Meseritz-Bomst. Fast ebensoviel Reichstagsersatzwahlen, 14 an der Zahl, wurden im Jahre 1901 erforderlich. Es war dies der Fall in den Wahlkreisen Memel-Heydekrug, Posen-Stadt, Greifswald-Grimmen, Duisburg-Mülheim, Aachen, Neuwied, Ottweiler-St. Wendel, Wiesbaden, Breslau-West, Schweinitz-Wittenberg, Hadersleben, Schleswig, Döbeln, Schaumburg-Lippe. Im laufenden Jahre sind bereits 7 Reichstagsersatzwahlen nothwendig geworden: im Siegkreis, in Elbing-Marienburg, Saarbrücken, Ems, Rastenburg, Celle-Gifhorn und Bayreuth. Demnach hat seit 1898 in mehr als einem Achtel aller Reichstagswahlkreise eine Neuwahl stattfinden müssen. Die Erfahrung hat hierbei gelehrt, daß die Wahlbetheiligung in der Regel im Vergleich mit der bei der Hauptwahl zurückging. Statt daß also die Möglichkeit, eine Aenderung in der Reichstagsvertretung herbeizuführen, das Interesse des Volks am Parlamentarismus belebt hätte, war im Allgemeinen das Gegentheil wahrzunehmen. Ueberraschen konnte diese Erscheinung um so weniger, je größer die Häufigkeit von Wahlen in Deutschland überhaupt ist. Werden in dieser Hinsicht, abgesehen von den Reichstagswahlen, bei den Landtagswahlen, den Wahlen zu Provinzial- und Gemeindevertretungen, sowie zu sonstigen öffentlichen Körperschaften, hohe Anforderungen an die Wählerschaft gestellt, so ist nicht abzusehen, wie die kürzere Legislaturperiode im Parlamente jene belebende Wirkung ausüben sollte, die Graf Mirbach in Uebereinstimmung mit dem Freisinn sich davon verspricht.

+ **Berlin**, 10. Mai. (Prüfung der Volksschul-Lesebücher durch die Regierung.) Da die demnächst einzuführende neue Rechtschreibung zu Neudrucken der Volksschul-Lesebücher führen muß, hat der preußische Cultusminister den augenblicklichen Zeitpunct für besonders geeignet erachtet, eine Verbesserung des Inhaltes der Volksschul-Lesebücher anzuregen. Minister Studt fordert daher durch einen vom 28. Februar dieses Jahres datirten Erlaß sämmtliche Regierungen zur Prüfung der Volksschul-Lesebücher auf und giebt allgemeine Gesichtspuncte an, unter denen die Bücher im Hinblick auf die ihnen zur Zeit anhaftenden Mängel geprüft werden sollen. An die Spitze dieser Gesichtspuncte stellt der Cultusminister den, die Eigenart der durch natürliche und geschichtliche Kräfte entwickelten Landschaften auch in den Volksschul-Lesebüchern — unbeschadet der Rücksicht auf den gesammten preußischen Staat und das deutsche Reich — zum Ausdruck zu bringen. Nächstdem wird im Interesse des confessionellen Friedens gefordert, daß aus den Volksschul-Lesebüchern Alles ferngehalten werde, was an Bekenntnißstreitigkeiten erinnern könnte. Das Lesebuch soll ferner der Beschäftigung und Lebensweise der Bevölkerung gerecht werden, deren Kinder es benutzen. Inhalt und Ton der Lesestücke sollen einen gesunden Realismus aufweisen, dem Stoffe nach muß das Lesebuch ebensowohl schöngeistiges, wie realistisches Material umfassen. Die einzelnen Beiträge haben sich auf das Leben des Einzelnen an sich und innerhalb von Familie, Gemeinde, Kirche und Staat zu erstrecken. Preußen in seiner geschichtlichen Entwickelung und das Reich mit seinen über das Meer hinausdrängenden wirthschaftlichen Bestrebungen sollen ausgiebig behandelt werden; diesem Stoffe wird wegen seiner unmittelbar wirkenden sittlichen und religiösen Kraft der breiteste Raum gewährt. Alsdann erfährt das Leben der Natur auf dem Gebieten der Geographie, Zoologie, Botanik, Chemie und Physik eingehende Berücksichtigung. Die Gesammtheit der Stoffe soll in erster Linie der Erkenntniß der Wirklichkeit und der Ausbildung des Urtheils, in zweiter Linie der Ausbildung von Phantasie und Gefühl dienen. Nicht nur aus der classischen Literatur, sondern auch aus den neuesten literarischen Erzeugnissen, und zwar ebenso der Buch-, wie der Zeitschriften- und Zeitungsliteratur, sollen dem kindlichen Verständniß zugängliche Stücke entnommen werden. Dabei sind Veränderungen der Form nur in den dringendsten Fällen und soweit sie den Sinn nicht beeinflussen, gestattet; bei Dichtungen sollen sie ganz fortbleiben, da jene ihrem poetischen Gehalt sonst einbüßen. An Bildern dürfen nur gute und nur von solchen Vorgängen und Gegenständen aufgenommen werden, die nicht im Vorstellungskreise des Kindes liegen.

⊙ **Berlin**, 10. Mai. (Telegramm.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: „Wir traten schon einmal der Legende entgegen, nach der von dem Kaiser dem verstorbenen Abgeordneten Dr. Lieber Anerbietungen wegen Verleihung von Ordens-Auszeichnungen oder eines höheren Amtes gemacht seien. In den letzten Tagen wurde abermals in der Presse erzählt, der Kaiser habe Dr. Lieber Orden und schließlich auch den Oberpräsidentenposten in Cassel angeboten: wir wiederholen deshalb, daß alle Behauptungen über Anerbietungen, die der Kaiser dem verstorbenen Centrumsführer direct oder indirect gemacht habe, **gänzlich aus der Luft gegriffen sind.**

⊙ **Berlin**, 10. Mai. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" bringt anläßlich des morgigen **50jährigen Amtsjubiläums** des Reichsgerichtspräsidenten Wirklichen Geheimen Rath v. **Oehlschlaeger** einen Artikel, der die „an Arbeit wie an Erfolgen ungewöhnlich reiche Laufbahn, auf die der Jubilar an diesem Tage zurückblickt", schildert und mit den Worten schließt: „Weite Kreise des deutschen Volkes werden an dem Ehrentage des ersten Richters warmen und verdienten Antheil nehmen".

— Im vergangenen Februar erschien in der „Deutschen Revue" eine von Vicеadmiral z. D. Livonius verfaßte Betrachtung, in der die englische Marine, im Vergleich zu der deutschen, sehr schlecht wegkam. Der erwähnte Artikel erregte in England Aufsehen. Der deutsche Marine-Attaché hat nun dieser Tage die Gelegenheit einer Versammlung der Royal United Service Institution benutzt, um in einer Erklärung, die der Discussion über einen Vortrag des Admirals Fremantle vorausging, gegen Admiral Livonius geltend zu machen, daß dessen Ansichten keineswegs mit denen der activen deutschen Marine-Officiere übereinstimmten. Die Erklärung des deutschen Attachés lautete folgendermaßen:

„Admiral Fremantle hat zu Beginn seines vorzüglichen Vortrages eine Broschüre erwähnt, die vor einiger Zeit von dem deutschen Admiral Livonius geschrieben wurde. Da der Inhalt dieser Broschüre in verschiedenen englischen Zeitungen und Zeitschriften in der letzten Zeit eingehend erwähnt und besprochen wurde, möchte ich constatiren, daß Admiral Livonius nicht zu den activen Officieren der deutschen Marine gehört. Er schied vor einigen 20 Jahren aus dem Dienste aus und hat, soviel ich weiß, seit dieser Zeit mit der Flotte wenig Fühlung gehabt. Da seine Ansicht von der

SLUB
Wir führen Wissen.